



Nicht am falschen Ort sparen

von SABINE SÜSSTRUNK

TRIBÜNE

Gastkommentar

Studien gehen davon aus, dass für jeden in Forschung und Entwicklung investierten Franken mindestens drei Franken in die Volkswirtschaft zurückfliessen. Für die OECD ist folglich seit einem Vierteljahrhundert klar: Im System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden Aufwendungen für Forschung und Entwicklung als Investitionen behandelt – nicht bloss als laufende Kosten.

Dieser Grundsatz ist bei der Umsetzung der Schuldenbremse und den Sparvorschlägen des Bundesrates zu berücksichtigen. Die Expertengruppe zur Aufgaben- und Subventionsüberprüfung unter Leitung von Serge Gaillard empfahl aber unter anderem auch tiefgreifende Einschnitte in Bildung, Forschung und Innovation – darunter Budgetkürzungen für den Nationalfonds und die Innovationsagentur Innosuisse sowie höhere Studiengebühren für Studierende der ETH und der kantonalen Hochschulen. Der Bundesrat folgte diesen Empfehlungen weitestgehend.

Eine Analyse möglicher Aus- und Wechselwirkungen liegt indessen nicht vor. Folglich wird beispielsweise nicht klar, warum eine Budgetkürzung beim Nationalfonds von genau 10 Prozent vertretbar sein soll, inwieweit das Gleichgewicht von Bund und Kantonen bei der Bildungsfinanzierung gewahrt bleibt oder wie die deutliche Erhöhung der Studiengebühren mit der in der Bundesverfassung verankerten Chancengerechtigkeit in Einklang gebracht werden kann.

Um eine strategische Priorisierung der Sparvorschläge zu ermöglichen, sollte dem Parlament nicht wie geplant ein Gesamtpaket, sondern vielmehr ein Bündel an Vorschlägen unterbreitet werden. Auf dieser Basis können die Ansätze einzeln disku-

tiert und Schwerpunkte gesetzt werden. Die Vermeidung einer solchen Debatte mag verhandlungstaktisch nachvollziehbar sein, aus demokratiepolitischer und strategischer Sicht ist dieses Vorgehen jedoch abzulehnen.

Der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR) als Beratungsorgan des Bundes empfiehlt Regierung und Parlament, die geplanten Einschnitte im Bereich Bildung, Forschung und Innovation so nicht umzusetzen. Der SWR sieht seine Ablehnung als Empfehlung für einen nachhaltigen Umgang mit öffentlichen Geldern. Denn «Wissen» – hier verstanden als Bildung, Forschung und Innovation –, das schon lange in jeder Sonntagsrede als einziger Rohstoff der Schweiz geehrt wird, hat als Investition für den Wirtschaftsstandort und für die demokratische Grundordnung der Schweiz in den vergangenen Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. Es ist eine nationale Aufgabe, die benötigten topqualifizierten Arbeitskräfte auszubilden: Die Industrie 4.0 benötigt exzellente Talente und günstige Rahmenbedingungen für betriebliche und technologische Innovationen. Die rasante wirtschaftliche Entwicklung führt zudem zu gesellschaftlichen Umwälzungen; gefordert sind somit auch soziale Innovationen im Hinblick auf unser Zusammenleben in der Zukunft.

Heute vorgenommene Kürzungen in Bildung und Forschung führen morgen zu geringerem volkswirtschaftlichem Wachstum. Darüber hinaus werden die Folgen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und für die Attraktivität des Forschungs- und Innovationsstandorts Schweiz erst allmählich und zeitlich verzögert spürbar. Es droht ein Abfluss des Wissens ins Ausland. Denn der häufig martialisch als «Krieg um Talente» bezeichnete Wettbewerb um die fähigsten und originellsten Forscherinnen und Forscher ist global und wird mit harten Bandagen und hohen staatlichen Investitionen geführt. Der demografische Wandel führt zur weiteren Verschärfung dieses Wettbewerbs.

Die Schweiz gehört heute zu den wettbewerbsfähigsten Ländern in Forschung und Innovation. Dieser Erfolg beruht auf der internationalen Ausrichtung, den attraktiven Arbeitsbedingungen, dem stabilen politischen System und der hohen Investitionsbereitschaft von Privaten und von der öffentlichen Hand. Damit dies so bleibt, sind gemeinsame Anstrengungen notwendig für eine langfristig ausgerichtete Finanzierung, mit der Bund und Kantone im Verbund einen Nährboden für private Initiativen schaffen.

Sabine Süsstrunk ist Präsidentin des Schweizerischen Wissenschaftsrates.